

**MACHPOLITIK UND KONTINENTALER
IMPERIALISMUS
ZU DEN MOTIVEN DER DEUTSCHEN
BELGIENPOLITIK 1914-1918**

von

Dr. Frank WENDE

Schwächere Nachbarn werden unterworfen und einverleibt oder irgendwie sonst abhängig gemacht, nicht, damit sie selbst nicht mehr feindlich auftreten, denn das ist die geringste Sorge, sondern damit sie nicht ein anderer nehme oder sich ihrer politisch bediene; man knechtet den möglichen politischen Verbündeten eines Feindes.

**Jakob Burckhardt,
Weltgeschichtliche Betrachtungen**

“Wäre der Vernunft irgend eine Macht zuzutrauen, so müssten wir uns ... verständigen, sur le dos du Belge.” — Dieser Satz entstammt einer Tagebuchnotiz aus dem Oktober 1914, die Rede ist von einer Verständigungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich. Aber nicht dieser hypothetische Sachverhalt lässt den heutigen Leser stutzen, sondern die frappierende Selbstverständlichkeit mit der hier der Begriff “Vernunft” aus den allgemein menschlichen Bezügen gelöst und in den Dienst der eigenen Interessenlage gestellt wird. Die Vernunft wird gewissermassen nationalisiert, denn von einem Belgier war wohl kaum zu erwarten, dass er solchen Worten zugestimmt und eine Einigung, wie sie hier reflektiert wurde, ausgerechnet dem Walten der Vernunft zugeschrieben hätte. Die Art, wie hier eine offensichtlich innerlich akzeptierte und gar nicht mehr in Frage gestellte Gewalthandlung — die Vergewaltigung eines souveränen Staates — mit dem Prädikat “Vernunft” versehen wurde, hätte ihn stattdessen wahrscheinlich eher veranlasst, von Zynismus

zu sprechen und von einer Verachtung völkerrechtlicher Grundsätze, als Ergebnis ungehemmten Grossmachtdenkens. Gewiss ein zutreffendes Urteil, — und dennoch will der Mann, von dem die zitierten Worte stammen, nicht recht in die Schablone eines rücksichtslosen Machtpolitikers passen. Es war Kurt Riezler, der enge Vertraute des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, der mit dieser Notiz das kurze Resumé eines Gespräches mit dem Kanzler gab (1). Es ist nicht ganz ersichtlich, ob Riezler dabei Worte Bethmanns wiedergab oder seine eigene Auffassung, aus dem Zusammenhang lässt sich jedoch entnehmen, dass zwischen beiden in dieser Frage Einmütigkeit herrschte. Einig waren sie sich auch in anderen Punkten, so etwa in ihrer Abneigung gegenüber Tirpitz, einer Abneigung, die bei Riezler Formen blanken Hasses gegenüber dem "Vater der Lüge", wie er ihn nur nannte, annahm (2). Überhaupt war der engstirnige preussische Militarismus, verkörpert besonders durch die OHL Hindenburg-Ludendorff — die "Provinzialirrenanstalt" — (3) bevorzugte Zielscheibe von Riezlers Kritik; am 12.1.1917 notierte er: "Die wenigen Sehenden in Deutschland haben insgeheim ein Kriegsziel, das ist die Vernichtung des preussischen Militarismus... Niemand darf es sagen, weil es das englische Kriegsziel ist". (4)

Nein, Riezler lässt sich nicht einreihen in die übergrosse Menge derer, die der Kriegsausbruch in einen Machtrausch versetzt hatte. Zu deutlich sprechen Pessimismus und Zweifel aus seinen Aufzeichnungen, nie verlässt ihn der Blick für die Schrecken des Krieges. Und dennoch verraten seine eingangs zitierten Worte, dass auch er, ungeachtet seiner Skepsis und seiner meilenweiten Distanz zu den annexionistischen Rasereien alldeutscher Kreise, einem Grossmachtdenken verhaftet bleibt, das anderen Möglichkeiten der Konfliktlösung keinen Raum lässt, ja, zu dem Alternativen gar nicht mehr gesehen werden. Dabei war Riezler keineswegs ein Einzelfall. Er steht hier nur als signifikantes Beispiel für eine Haltung, die im Bewusstsein weiter Kreise der deutschen Öffentlichkeit vorherrschte. Die Stellungnahmen zu der sogenannten "belgischen Frage", also zu dem

(1) Kurt RIEZLER, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Hg. von K.D. Erdmann, Göttingen 1972, S. 216.

(2) Ebd., S. 47, 77.

(3) Ebd., S. 437.

(4) Ebd., S. 398.

künftigen Schicksal Belgiens, waren von der Einstellung geprägt, dass dieses Land "zur Verfügung stand", zum Objekt deutschen Handelns geworden war. Wie kam es zu dieser Selbstverständlichkeit, die an Riezlers Worten so schockierend wirkt und die dennoch im deutschen Bewusstsein eine Art consensus omnium darstellte ?

Die Politik des zweiten deutschen Kaiserreiches ist in den letzten Jahren in besonderem Masse Gegenstand der deutschen Historiographie gewesen. Neu ist daran insbesondere der von H.-U. Wehler vorgetragene sozialimperialistische Ansatz, bei dem sich die Bemühungen darauf konzentrieren, die innenpolitischen Wurzeln des deutschen Imperialismus freizulegen. Man begnügt sich nicht mehr mit der blossen Beschreibung des Phänomens Imperialismus, sondern stellt die Frage cui bono ? Das imperialistische Politik zugrunde liegende vielfältige Interessengeflecht soll aufgedeckt werden. Danach war es die "dezidierte Absicht" der auf Expansion gerichteten deutschen Politik, den "gesellschaftlichen Status quo und das politische Machtgefüge durch einen erfolgreichen Imperialismus zu legitimieren" und "systemgefährdende Reformbestrebungen — wie sie die emanzipatorischen Kräfte des Liberalismus oder der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung verkörperten — nach aussen abzulenkten". (5)

Die Vertreter der Theorie eines solchen "Sozialimperialismus" können diese durch eine stattliche Reihe von guten und treffenden Argumenten stützen (6), wenn auch die Vehemenz, mit der sie ihre Thesen vortragen, zeitweilig den Eindruck aufkommen lässt, die Führungsschichten des deutschen Kaiserreiches hätten, als sie der steigenden "roten Flut" der Sozialdemokratie nicht mehr anders Herr zu werden wussten, schliesslich als letztes Mittel den Imperialismus erfunden. Letztlich beweisen Wehlers und seiner Mitstreiter

(5) Hans-Ulrich WEHLER, *Das Deutsche Kaiserreich 1917-1918*, 2. Aufl. Göttingen 1975, S. 173.

(6) Vgl. dazu besonders H.-U. WEHLER, *Bismarck und der Imperialismus*, 3. Aufl. Köln 1972; W.J. MOMMSEN (Hg.), *Der moderne Imperialismus*, Stuttgart 1971; Volker R. BERGHAIN, *Der Tirpitz Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971 sowie die in H.-U. WEHLER (Hg.), *Imperialismus*, 3. Aufl. Köln 1975 verzeichnete Literatur. — Kritisch zur Theorie des Sozialimperialismus : W. BAUMGART, *Der Imperialismus. Idee und Wirklichkeit der englischen und französischen Kolonialexpansion 1880-1914*, Wiesbaden 1975, S. 99ff.

Lehrsätze nichts anderes als die Wirksamkeit eines uralten Prinzips politischen Handelns : innenpolitische Schwierigkeiten werden, wenn eine Lösung nicht möglich erscheint, durch aussenpolitische Aktivität aufzufangen und abzulenken versucht. (7)

Den Hintergrund der Auseinandersetzungen um die These vom Sozialimperialismus bildet denn auch der Streit um den Primat von Innen- oder Aussenpolitik, der teilweise mit einer Erbitterung ausgefochten wird, als liege allein in dem einen oder dem anderen der Schlüssel zum Verständnis der Geschichte überhaupt. (8) Es ist keine Frage, dass die Motive imperialistischer Politik auch in strukturellen Divergenzen des Kaiserreiches zu suchen sind, und mittels der "Integrationsklammer" Imperialismus seitens der deutschen Führungsschicht der Versuch unternommen wurde, die auseinandertreibenden gesellschaftlichen Gruppierungen noch einmal zusammenzuzwingen, um auf diese Art das Gesellschaftsgefüge des Reiches und damit die eigene Stellung zu konservieren. Diese These kann jedoch nur die Wahl des Mittels erklären, nicht das Mittel selbst. Dazu ist der Blick über die Grenzen notwendig, wo die gleichen Phänomene in anderem Zusammenhang begegnen. (9) Die internationale Interdependenz kann bei der Deutung des Imperialismus nicht vernachlässigt werden, ist sie doch dessen elementarer Bestandteil. Eben dies geschieht jedoch bei der These vom Sozialimperialismus, die, ebenso zutreffend wie einseitig, nur einen Teilbereich des Gesamtphänomens zu erklären vermag. Doch selbst in dieser Einseitigkeit ist sie für unsere Fragestellung noch fruchtbar. Denn zweifellos hat die primär auf innenpolitischem Kalkül gegründete breite Propagierung imperialistischer Ideen — ihr "sozialer" Einsatz also —, deren tiefes Eindringen in das gesamte Gesellschaftssystem bewirkt. Die Propaganda für die Flot-

(7) Zur diesem Ergebnis kommt Wehler selbst, wenn er schreibt : "Sozialimperialismus war die moderne, in entscheidendem Masse sozialökonomisch motivierte Form einer alten... Herrschaftstechnik : um der Bewahrung des sozialen und politischen status quo willen die inneren Bewegungskräfte und Spannungen nach aussen abzulenken." WEHLER, *Imperialismus*, S. 86.

(8) Vgl. dazu H.-U. Wehlers Kritik an Andreas Hillgruber : "Moderne Politikgeschichte oder 'Grosse Politik der Kabinette ?' ", in : *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 1, H. 2/3, S. 344ff.

(9) Dazu W. BAUMGART, *a.a.O.*, S. 127ff.

tenbewegung stellte beispielsweise einen solchen gezielten Versuch dar, breite Kreise der Bevölkerung für eine deutsche Expansionspolitik zu begeistern — wie sich zeigte mit einem Erfolg, der schliesslich bis in Kreise der Sozialdemokratie hinein spürbar wurde. (10)

Imperialismus aber bedeutete Weltpolitik, und die von Kaiser Wilhelm zur 25jährigen Wiederkehr des Tages der Reichsgründung, am 18.1.1896 verkündete Devise "Aus dem Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden" hatte in der Nation vielfältigen Widerhall gefunden. Die Überzeugung, dass Deutschland nunmehr Weltpolitik betreiben müsse, um den Schritt von der Grossmacht, die es bereits war, zur Weltmacht zu tun und sich damit den viel zitierten "Platz an der Sonne" zu sichern, fand ihren fest verankerten Platz im Gefüge deutschen Selbstverständnisses. "Ohne eine starke Flotte", so ein dem Reichs-Marine-Amt nahestehendes Jahrbuch, "wird Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts keine Kolonien mehr besitzen können, ohne Kolonialbesitz aber in seinem kleinen Gebiet ersticken..." (11)

Der Durchbruch zur Weltmachtstellung erschien der Reichsleitung unerbittliche Notwendigkeit. Doch vertraten diesen Standpunkt nicht allein eine kleine Führungsschicht und eine der Zahl nach ebenso kleine Klasse der Grossbourgeoisie. Deren Überzeugung von der Notwendigkeit profitabler Absatzmärkte in Übersee war die Initialzündung für das Aufkommen imperialistischer Ideen gewesen, blieb aber keineswegs allein auf sie beschränkt. "Weltmachtspolitik" als nationale Verpflichtung angesichts der "Verantwortung vor der Geschichte" — diese Forderung Max Webers in seiner akademischen Antrittsrede in Freiburg im Jahre 1895 reflektiert treffend die in allen Bevölkerungsschichten anzutreffende Zeitstimmung. (12) Überschäumendes Kraftgefühl und ein extremer, militant aufgeladener und mit sozialdarwinistischen Zügen durch-

(10) Fritz FISCHER, *Krieg der Illusionen*, 2. Aufl. 1969, S. 367. Zur Agitation für die Flottenvermehrung und speziell des Flottenvereins s. auch Volker R. BERGHAHN, *Rüstung und Machtpolitik*, Düsseldorf 1973, S. 21f.

(11) Zitiert nach V.R. BERGHAHN, *Rüstung und Machtpolitik*, S. 21f.

(12) Vgl. Wolfgang J. MOMMSEN, *Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920*, 2. Aufl. Tübingen 1974, S. 74.

setzter Nationalismus (13) — die pervertierte Form des Nationalgefühls der liberal-demokratischen Epoche — verwiesen dabei auf die Machtpolitik als das alleinige Mittel zur Durchsetzung dieses Weltmachtstrebens. Macht und Gewalt sind zwar seit Urzeiten stets die ultima ratio politischen Handelns gewesen, doch findet sich in der deutschen Geschichte nie zuvor eine derartige Häufung uneingeschränkter Bekenntnisse zur Gültigkeit des Machtprinzips — es scheint fast, als habe hier eine zweifelhafte Entdeckerfreude den Blick für jegliche Relation vernebelt. Gerade diese Verabsolutierung des Machtgedankens zu einem Axiom politischen Handelns aber machte ihn universal einsetzbar und sicherte ihm breite Wirksamkeit, indem sie ihn über klassengebundenes Interesse zu erheben schien. Die Zeit nahe, so schrieb etwa der Historiker Otto Hoetzsch im Januar 1914, wo es nur Herren und Knechte unter den Völkern der Erde geben werde. In den bevorstehenden Kämpfen werde es “keine geschichtlichen Rechte geben; dieses Recht wird in ihnen haben, wer die Macht hat.” (14) Solche Sätze waren mehr als ein persönliches Glaubensbekenntnis, auch die Diplomatie des Reiches zeigte sich von dieser Haltung geprägt. Im zwischenstaatlichen Gespräch wurde immer weniger ein Mittel zur Entschärfung von Konflikten gesehen, als vielmehr die Gelegenheit zur Demütigung des Partners und zur Demonstration eigener Stärke. Die Konferenz von Algeciras, 1906, war unter diesem Gesichtspunkt von deutscher Seite aus initiiert worden, ihr für diesen Zweck so unbefriedigender Ausgang trug dazu bei, dass das Kaiserreich fortan an keiner internationalen Konferenz mehr teilnahm. Die so sehr dem Machtgedanken ver-

(13) Vgl. hierzu die ausserordentliche Wirkung, die Friedrich von BERNHARDIS im Frühjahr 1912 erschienenen Buch *Deutschland und der nächste Krieg* in der deutschen Öffentlichkeit hervorrief. Bernhardis zentrale These, wonach der Kampf ums Dasein zwischen den Völkern ebenso unausweichlich wie notwendig für den nationalen Bestand war, führte ihn zu einem pointiert machtpolitischen Programm als verpflichtender politischer Linie. Das Buch erschien 1913 bereits in der 6. Auflage. — Dazu F. FISCHER, *Krieg der Illusionen*, S. 343f; K. WERNECKE, *Der Wille zur Weltgeltung*, Düsseldorf 1970, S. 160ff; H.-U. WEHLER, *Kaiserreich*, S. 180f; H.-G. ZMARZLIK, “Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem”, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 1962, S. 261ff.

(14) Otto HOETZSCH, *Politik im Weltkrieg*, Bielefeld 1916, S. 9.

haftete Weltpolitik war letztlich die Ursache der zunehmenden Isolierung Deutschlands, dort freilich empfunden als gezielte "Einkreisung". Denn die Bedrohung, die in dem selbstsicher vorgetragenen Machtanspruch des Reiches für die Nachbarstaaten lag, begann auf jenes zurückzuwirken. "Allein gegen eine Welt von Feinden" zu stehen, wurde zu einer Grunderfahrung in der politischen Existenz der Deutschen, schon lange bevor dies tatsächlich der Fall war. Ein permanentes Krisenbewusstsein begann sich auszubreiten, dessen stetig zunehmender Druck sich dann spontane Entladung verschaffte in dem "Augusterlebnis" von 1914, der überschäumenden Begeisterung in allen Bevölkerungsschichten über den als Befreiung empfundenen Kriegsausbruch. Scheinbar zwingend aber verwies dieses Krisenbewusstsein wiederum auf den Machtgedanken: nur die Vervollkommnung der Machtposition schien existentielle Sicherung zu garantieren. Der subjektiv als durchaus berechtigt empfundene defensive Einsatz machtpolitischer Forderungen, wie er für die deutsche Kriegszielpolitik charakteristisch werden sollte, hat in dieser Grundhaltung seine Wurzeln. Die Machtpolitik erwies sich so als *circulus vitiosus*; Ansporn und Zuflucht zugleich bildete die Macht das Agens der deutschen Politik, das kein anderes Prinzip mehr neben sich aufkommen liess. Die Erweiterung der ökonomischen wie militärischen Machtbasis erschien als die alleinige erfolversprechende Möglichkeit zur Sicherung des Bestehenden und zur Bewältigung der inneren wie äusseren Krisen. (15)

Nach dem Modell des "klassischen" Imperialismus führte der Weg zu dieser Machterweiterung über die koloniale Expansion zwecks Schaffung neuer Absatzmärkte für die prosperierende Wirtschaft. Denn Stärkung der Wirtschaft bedeutete Stärkung der Machtstellung, dieser enge Kausalzusammenhang wurde auch damals bereits klar erkannt. "Wirtschaft und Macht sind auf das Innigste vermählt, und die Macht gewinnt dabei noch sicherer und sichtbarer als das Wirtschaftsleben", mit diesen Worten umriss der Historiker Erich Marcks diesen Sachverhalt in einem Vortrag aus dem Jahr 1903 (16). Schon vor der Jahrhundertwende war jedoch neben den überseeischen Kolonien auch der europäische Raum als wirtschaft-

(15) Vgl. Hannah ARENDT, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955, Kapitel: Die politische Weltanschauung der Bourgeoisie, besonders S. 237 ff.

(16) F. FISCHER, *Krieg der Illusionen*, S. 76.

liches und politisches Betätigungsfeld in das Gesichtsfeld der deutschen Politik geraten und hatte sich neben die Pläne zur Bildung eines Kolonialreiches geschoben. (17) Ausgangspunkt war dabei die Überlegung, eine mitteleuropäische Zollunion unter deutscher Führung als Gegengewicht gegen die Wirtschaftsimperien der USA, Russlands und des britischen Empire zu schaffen. Nicht nur auf alldeutscher Seite wurde dieser Gedanke begeistert aufgegriffen, sondern er fand seinen Weg auch bis in Regierungskreise und zum Kaiser, der sich zeitweise bereits als "Leiter der Politik der Vereinigten Staaten von Europa" sah. (18) Doch gravierender als solche dem leicht entflammaren Hirn des Kaisers entsprungenen Phantasmagorien wirkte sich die Tatsache aus, dass der europäische Kontinent von nun an in die Entwürfe für eine Verfestigung der deutschen Machtstellung miteinbezogen wurde. Dabei blieb der Blick auch weiterhin stets auf den Kolonien haften; nicht als Alternative, sondern als die Voraussetzung für die Schaffung eines Kolonialreiches wurde ein europäisches Imperium konzipiert, als kontinentale Basis für die maritime Expansion. (19) Dieser Einbezug des europäischen Raums in die Kategorien imperialistischen Denkens ist das Wesensmerkmal für den kontinentalen Imperialismus deutscher Provenienz und unterscheidet ihn von den Hegemoniebestrebungen anderer europäischer Staaten aus den vorangehenden Jahrhunderten.

Wir kehren nunmehr zurück zu unserer Ausgangsfrage nach den Gründen für die Selbstverständlichkeit, mit der Belgien zum Objekt deutscher Kriegszielplanung wurde. Belgien spielte in den deutschen Überlegungen während der Julikrise und beim Entschluss zur Kriegsführung keinerlei Rolle, es war nicht per se vorbestimmtes Kriegsziel. Und dennoch wurde es Kriegsziel, ebenso schlagartig und auf Grund eines ähnlichen Mechanismus, wie es unmittelbar nach Kriegsausbruch militärischer Schauplatz wurde. Letzteres war das Resultat des Schlieffenplanes, zu dem es für die militärische Führung keine Alternative gab. Die Zwangsläufigkeit, mit der Belgien zum Kriegsziel wurde, erklärt sich dagegen aus der Überzeugung, der Kampf um Deutschlands Etablierung als Weltmacht und damit um die Entschei-

(17) Ebd., S. 69ff.

(18) Ebd., S. 201f.

(19) U.a. gehörte auch Riezler zu den Vertretern dieser Auffassung. Dazu die Einleitung K.D. ERDMANNS in RIEZLER, *Tagebücher*, S. 56. Vgl. auch Klaus HILDEBRAND, *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?*, Stuttgart 1971, S. 15.

derung über seinen künftigen Bestand habe begonnen. Jetzt galt es, die kontinentale Basis für die erstrebte Weltmachtstellung zu gewinnen, darin lag aus deutscher Sicht die eigentliche Sinngabe des Krieges. Rücksichtnahme auf die Existenz von anderen Staaten liess eine solche am machstaatlichen Prinzip orientierte Perspektive nicht zu, am allerwenigsten auf die Existenz von Kleinstaaten, denen — und hier zeigt sich wieder die für den Imperialismus eigentümliche Verquickung von Machtgedanken und Sozialdarwinismus — als den "Schwächeren" jede Daseinsberechtigung überhaupt abgesprochen wurde. Sehr schnell fanden sich Stimmen, die die ideologische Rechtfertigung für dieses Verhalten lieferten, wobei, wie schon im 19. Jahrhundert etwa bei Treitschke oder Niebuhr, die kleinstaatliche Vergangenheit des Reiches eine Art Trauma zu sein schien, dem mit der Verachtung des kleinstaatlichen Prinzips begegnet wurde. Bei Max Weber treffen wir auf diese Haltung, (20) der Historiker Hermann Oncken schrieb von den "Lebensgeschicken grosser Nationen", die "hinwegschreiten müssten über Existenzen, die sich nicht selbst schützen..., sondern schmarotzerhaft sich nähren von den Gegensätzen der Grossen", (21) und an anderer Stelle hiess es gar : "Ein sogenannter Kleinstaat ist gar kein Staat, sondern eine geduldete Gemeinschaft, die nur in lächerlicher Weise affektiert, ein Staat zu sein..." (22). Die kleinen Staaten wurden somit zu Figuren degradiert auf dem Schachbrett der Grossen, die bei deren Auseinandersetzungen beliebig eingesetzt und geopfert werden konnten. Belgien war das erste Opfer dieser Grossmachtideologie, welcher der Krieg als zusätzliche Rechtfertigung diente. In der Öffentlichkeit spielte dabei die Empörung über die für wahr gehaltenen Franktireurereignisse gewiss eine grosse Rolle bei den jäh hervorbrechenden Forderungen gegenüber Belgien; in den internen Besprechungen innerhalb der Regierung sowie in Wirtschafts- und Militärkreisen wurde dessen mit keinem Wort gedacht. Wenn Belgien mit allen Zeichen der Priorität in den deutschen Kriegszielkatalog aufgenommen wurde, so vielmehr deshalb, weil es bei der Errichtung einer mitteleuropäischen Machtbasis für das Reich einen Grössenfaktor erster Ordnung darstellen musste. Die Selbstverständlichkeit, mit der das Schicksal des Landes den

(20) W.J. MOMMSEN, *Max Weber*, S. 10, 69.

(21) Zitiert nach Klaus SCHWABE, *Wissenschaft und Kriegsmoral*, Göttingen 1969, S. 230, Anm. 73.

(22) Adolf LASSON, *Kultur und Krieg*, 1915. Zitiert ebd.

deutschen Planungen für den Kriegsausgang untergeordnet wurde, sehen wir mithin als die Konsequenz eines die Reichspolitik bestimmenden kontinentalen Imperialismus. Die Gültigkeit dieser These soll im Folgenden anhand des Verlaufs der deutschen Belgienpolitik während der Kriegsjahre überprüft werden.

Unter Belgienpolitik verstehen wir die Gesamtheit der im politischen Bereich bestehenden Ansichten und Bestrebungen, deren Zielpunkt das Verhältnis zu dem belgischen Nachbarstaat war. "Politischer Bereich" sind für uns nicht nur die politischen Entscheidungsträger — hier also Kaiser und Reichsleitung — sondern gleichermassen das politische Vorfeld. Eine politische Entscheidung wird niemals autonom gefällt, sondern vollzieht sich in Abhängigkeit von den bestehenden politischen Kräften und Institutionen, die ihrerseits bemüht sind, ihren Einfluss auf den Ausgang dieser Entscheidung wirken zu lassen. Die Summe dieser Faktoren — Wirtschaftsverbände, Parteien, Militär etc. — bezeichnen wir als das politische Vorfeld. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass die Einflussmöglichkeiten aus dem politischen Vorfeld heraus zunehmen, je schwächer die Position der Entscheidungsträger ist. Bei unserem Überblick über die deutsche Belgienpolitik 1914-1918 werden wir uns zunächst dem politischen Vorfeld zuwenden, um dann die Haltung der politischen Entscheidungsträger zu skizzieren. Dabei geht es uns nicht um einen Katalog von Einzelforderungen (23), sondern wir fragen nach den Motiven, die hinter der Formulierung dieser Forderungen standen.

Als die hemmungslosesten Vertreter einer Annexionspolitik traten, fast möchte man sagen "naturgemäss", die Alldeutschen auf. Die Denkschrift ihres Vorsitzenden Heinrich Class lag bereits im September 1914 vor, sie und die Denkschrift des Deutschen Wehrvereins vom März 1915 bilden die wichtigsten Dokumente alldeutscher Kriegszielvorstellungen. So masslos diese ihrem materiellen Gehalt nach im Einzelnen waren, so entspricht die zugrunde liegende allgemeine Zielsetzung durchaus den in der Nation vorherrschenden Erwartungen. Der Krieg müsse zu dem Ergebnis führen, so hiess es, dass das Reich "nie mehr in aller Zukunft gleich grosser Gefahr ausgesetzt" sein dürfe, wie es jetzt der Fall war, diese "äussere Sicherung"

(23) Dazu s. im Einzelnen : Frank WENDE, *Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges*, Hamburg 1969, S. 40ff.

erfordere die Schwächung der Feindmächte "indem wir ihnen Land abnehmen, um ihre politische Macht zu mindern, das abzunehmende Land ist in Europa vor unseren eigenen Toren und über See in den fremden Kolonialgebieten zu suchen...". Für Belgien bedeutete dies die Einverleibung "kraft des Rechtes der Eroberung". (24) Ganz ähnliche Motive bewogen Kronprinz Rupprecht von Bayern zu einem detaillierten Annexionsplan. Im Vordergrund stand auch für ihn die militärische Behauptung Deutschlands in Europa, die nur erreicht werden könne, wenn "Deutschland militärisch vorteilhafte Grenzen erhält und die Macht seiner Feinde ganz empfindlich geschwächt wird." Durch die Annexion Belgiens aber werde England das "Einfallstor nach Deutschland" entzogen, die einzige Möglichkeit, es in Europa empfindlich zu treffen. (25) Den Annexionsforderungen seines Vaters, des bayrischen Königs Ludwig III., lagen dagegen vorwiegend wirtschaftliche Motive zugrunde. Von einer Eingliederung Belgiens in das Reich und dem daraus resultierenden Zugang zum Hafen von Antwerpen mittels eines bereits vor Kriegsausbruch projektierten Rhein-Schelde-Kanals versprach er sich einen besseren Anschluss Süddeutschlands an den Weltverkehr und damit günstigere Konditionen für seine industrielle Entwicklung. (26) Anders als Rupprecht, der an eine Aufteilung Belgiens unter den deutschen Bundesstaaten dachte, schloss sich Ludwig dem Vorschlag seines Ministerpräsidenten Hertling an, dem als Vorbild für die künftige staatsrechtliche Stellung Belgiens "eine preussische Kronkolonie nach englischem Muster" vorschwebte. (27)

Dieses dem britischen Imperialismus entlehnte Modell, das das Rückwirken kolonialen Denkens auf kontinentale Kriegszielvorstellungen deutlich dokumentiert, begegnet auch an anderer Stelle. Der Bonner Nationalökonom Hermann Schumacher schlug in seiner in Zusammenarbeit mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie entstandenen Denkschrift vom September 1914 für ein annektiertes

(24) Denkschrift von Heinrich Class, hier zitiert nach : *Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*. Ostberlin 1975, S. 92f.

(25) Karl-Heinz JANSSEN, *Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914-1918*. Göttingen 1963, S. 293ff.

(26) Ebd., S. 27f.

(27) Ebd., S. 60.

Belgien gleichfalls den Status einer "self governing colony" vor, um das Land "der kolonisierenden und nationalisierenden Tätigkeit" der Grossindustrie zu öffnen. Wichtigstes Motiv für diesen Schritt auch hier : die "Sicherung unserer Machtstellung gegenüber England", worin die "Grundlage für alle Forderungen zur Hebung unserer wirtschaftlichen Schaffenskraft" zu sehen sei. (28)

Auf einer Sitzung des Unterausschusses des Kriegsausschusses der deutschen Industrie im November 1914 war es Gustav Stresemann, der ebenfalls vorschlug, "Belgien als deutsche Kolonie zu behandeln", womit er den Einwänden einer Minderheit zu begegnen hoffte, eine Annexion werde zu innenpolitischen Schwierigkeiten und unerwünschter Konkurrenz führen. Unterstützung fand er dabei bei Alfred Hugenberg, der ganz auf dem Boden sozialimperialistischer Argumentation stand, wenn er auf das "sehr gesteigerte Machtgefühl der Arbeiter und Arbeitergewerkschaften" nach dem Krieg hinwies und deshalb die Annexion Belgiens befürwortete, "um inneren Schwierigkeiten vorzubeugen, die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken und der Phantasie Spielraum zu geben in bezug auf die Erweiterung des deutschen Gebietes." (29)

Nach den Vorstellungen der 6 Wirtschaftsverbände in ihrer Eingabe an den Reichskanzler vom 20.5.1915 sollte Belgien in Zukunft "wegen der notwendigen Sicherung unserer Seegeltung, wegen unserer militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England, und wegen des engen Zusammenhanges des wirtschaftlich so bedeutenden belgischen Gebietes mit unserem Hauptindustriegebiet, militär- und zollpolitisch... der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt werden." Auch diese Forderungen basierten auf der allgemeinen Überzeugung, der Krieg müsse "politisch, militärisch-maritim und wirtschaftlich diejenigen Machterweiterungen" bringen, die "unsere grössere Stärke nach aussen gewährleisten", nicht zuletzt, da ein solcher Erfolg "auch für die innere Politik in kommenden Friedenszeiten nutzbar gemacht werden kann." (30) Ähnliche Bekenntnisse zur Sicherung der deutschen Machtstellung in Europa stellten die bürgerlichen Parteien, voran Konservative und Nationalliberale, an den Anfang ihrer Kriegszielforderungen und leiteten von daher die

(28) W. BASLER, *Deutsche Annexionspolitik in Polen und im Baltikum*, Ostberlin 1962, S. 367ff.

(29) *Weltherrschaft im Visier*, S. 96.

(30) Salomon GRUMBACH, *Das annexionistische Deutschland*. Lausanne 1917, S. 123f.

Notwendigkeit zu politischer, militärischer und wirtschaftlicher Angliederung des im Westen zu diesem Zweck benötigten Gebietes, in erster Linie Belgiens, ab. (31) Zu den Parteigängern einer Annexion Belgiens ist schliesslich auch noch Generalgouverneur von Bissing zu rechnen. Nachdem er in Februar 1915 bereits als eine Art Richtlinie für die in Belgien tätigen Behörden die Devise ausgegeben hatte, es sei notwendig "sich immer mehr an den Gedanken (zu) gewöhnen, dass Belgien in irgend einer Form zur Machterweiterung Deutschlands benutzt wird" (32), führte er diesen Gedanken näher aus in der grossen Denkschrift für den Kaiser vom April 1915, in der er den Besitz Belgiens als "Lebensfrage für die deutsche Zukunft" bezeichnete. (33) In der Auffassung, dass Deutschland im Hinblick auf künftige Auseinandersetzungen mit Frankreich und England seine Position verbessern müsse, Belgien dabei aber einen unverzichtbaren Vorposten darstellte und Deutschland daher "jetzt den Krieg um den Besitz Belgiens führt", traf er sich mit führenden Militärs wie Falkenhayn und Tirpitz. Für beide stand die Bedeutung Belgiens für die Erweiterung der deutschen militärischen Machtbasis unverrückbar fest. Falkenhayn hielt das Land als Aufmarschbasis gegen Frankreich und England für "unbedingt notwendig" (34), und Tirpitz begründete seine Forderung nach Angliederung Belgiens an das Reich sowie Besitz der belgischen Küste und Festungen ausdrücklich mit der anzustrebenden Machtposition Deutschlands gegenüber England als Voraussetzung für die künftige Weltmachtstellung: "Ohne Festhalten der durch Belgien sich ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten", so teilte er dem Reichskanzler mit "würde ich den Krieg in seiner Bedeutung für Deutschlands Weltmachtstellung für verloren, mit Belgien für gewonnen erachten". (35)

Belgien als ein "Eckpfeiler beim Aufbau der deutschen Weltmachtstellung" — mit diesen Worten umschrieb der Leiter der Politischen Abteilung in Brüssel, Lancken, die Bedeutung des Landes in einer Denkschrift über die "Gesichtspunkte für die Politik in Bel-

(31) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 43f.

(32) Bissing an Sandt, 20.2.1915; Geh. Staatsarchiv München, MA I, Nr. 959, Produkt 5a.

(33) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 38.

(34) Falkenhayn an Bethmann Hollweg, 18.3.1915; DZA Potsdam, Rk II, Nr. 2442/11.

(35) Zitiert nach F. FISCHER, *Griff nach der Weltmacht*, 3. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 127.

gien," die er auf Veranlassung Bethmann-Hollwegs verfasste. (36) Sinngemäß finden sie sich als Präambel in nahezu allen Belgien betreffenden Niederschriften. Nicht nur bei den Anhängern einer Annexion des Landes, zu denen auch das Gros der deutschen Hochschullehrer gehörte, (37) sondern auch bei Annexionsgegnern wurde dieser Gedanke zu einer Art Glaubenssatz, der keinem Zweifel mehr unterlag. Der preussische Innenminister Loebell etwa wollte zwar von einer Annexion nichts wissen, weil er die Tragweite eines solchen Schrittes für Englands Kriegswillen erkannte sowie innenpolitische Schwierigkeiten befürchtete, jedoch hinderte ihn dies nicht an der Feststellung: "Wir kämpfen für unsere weltpolitische Zukunft. Zu ihrer Sicherung gehört naturgemäß in erster Linie eine ausreichende territoriale und bündnispolitische Eindeckung auf dem Kontinent... Sie gebietet eine Beendigung des als unhaltbar erwiesenen belgischen Zustandes". (38)

Bei aller Bereitwilligkeit, Belgien unverändert herauszugeben, mochte selbst der der SPD nahestehende "Bund Neues Vaterland", im November 1914 als Kampfgruppe gegen die alldeutsche Kriegszielbewegung gegründet, nicht auf "reelle Garantien für die Sicherung unserer Machtstellung" verzichten; dies zu erreichen sollten die besetzten Gebiete, in erster Linie Belgien, als "Pfand- oder Kompensationsobjekte" dienen. (39) Diffiziler war die Haltung der SPD selbst zur Kriegszielfrage und zu Belgien. Die Partei hatte jede Schuld am Kriegsausbruch von sich gewiesen und den Krieg nicht unzutreffend als die "Folgen der imperialistischen Politik" bezeichnet. Nichtsdestoweniger hatte sie der Bewilligung der Kriegskredite einstimmig zugestimmt. Die Pflicht zur Landesverteidigung war stets Bestandteil des Parteiprogramms gewesen, und der Verteidigungsfall schien schon dadurch gegeben zu sein, dass das zaristische Russland als Hauptgegner auf dem Felde erschien. (40) Der in der Öffentlichkeit sich

(36) Lancken an Bethmann Hollweg, 24.4.1917; SCHERER GRUNDEWALD, *l'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la Première Guerre mondiale*, Bd. 2, Nr. 86, S. 143. — Vgl. auch Lanckens Gutachten über die "an Belgien zu stellenden Friedensforderungen" vom 10.12.1916; AA Bonn, Wk20a., Bd. 1.

(37) K. SCHWABE, *Wissenschaft und Kriegsmoral*, S. 85.

(38) Zitiert bei E.O. VOLKMANN, *Die Annexionsfragen des Weltkrieges*, Berlin 1929, S. 187ff.

(39) S. GRUMBACH, *Das annexionistische Deutschland*, S. 407f.

(40) Susanne MILLER, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 69f.

vollziehende Umschwung, der mehr und mehr England zum verhassten Hauptfeind werden liess, wurde jedoch auch innerhalb der Sozialdemokratie mitvollzogen, und auf dem rechten Flügel fand sich im Kreis um die "Sozialistischen Monatshefte" schon bald eine Gruppierung zusammen, die den Sinn des Krieges in der Brechung von Englands Weltmachtstellung sah und den Zusammenschluss der europäischen Festlandstaaten gegen die englische Wirtschaftshegemonie propagierte. (41) Die "Bildung eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsimperiums, das uns vor britischen Eingriffen sichert" wurde zur zentralen Forderung dieser Gruppe, (42) deren Einfluss weit in die Partei hinein wirkte und zu der von der Mehrheit vertretenen Überzeugung beitrug, "dass das Wohl der Arbeiterklasse aufs engste mit Deutschlands Fähigkeit sich wirtschaftlich gegenüber seinen Konkurrenten zu behaupten, zusammenhänge". (43) Wirkte sich diese Einstellung auch auf die Haltung der Partei in der belgischen Frage aus? Das ist schwer zu sagen, doch könnte sie eine Erklärung für die bis ins Jahr 1917 vorherrschende Gleichgültigkeit innerhalb der SPD gegenüber dem Schicksal Belgiens sein. Zwar war die Forderung nach "Wiederherstellung" des Landes in die im August 1915 aufgestellten "Leitsätze für die Friedensgestaltung" aufgenommen worden, doch wurde damit weder eine eindeutige Position bezogen, da eine Präzisierung bewusst unterblieb, (44) noch wurde sie in der Öffentlichkeit oder gegenüber der Reichsleitung mit besonderem Nachdruck vorgetragen. (45)

In der zweiten Kriegshälfte schien sich das Bild insofern zu wandeln, als der Gedanke an eine unbeschränkte Freigabe Belgiens zunehmend Anhänger gewann. Am deutlichsten zeigte sich dies auf der parlamentarischen Ebene. Eine Mehrheit aus Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und Mehrheitssozialdemokraten sprach sich

(41) Ebd., S. 186.

(42) So ihr Wortführer, der Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte, Joseph Bloch, am 4.10.1916 in einem dort erschienenen Artikel. Zitiert nach S. MILLER, *a.a.O.*, S. 229f.

(43) Ebd., S. 231.

(44) Karl Liebknecht beantragte die Formulierung: "Wiederherstellung Belgiens unter Ablehnung jeder zwangsweisen politischen und wirtschaftlichen Angliederung in uneingeschränkter innen- und aussenpolitischer Selbständigkeit und Unabhängigkeit." Dieser Antrag wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. — S. MILLER, *a.a.O.*, S. 205ff.

(45) Ebd., S. 206.

im Zusammenhang mit der Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 gegen "erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung" aus und drängte auf eine klare Erklärung der Reichsleitung über die Wiederherstellung von Belgiens Selbständigkeit (46). Auch unter den deutschen Professoren begannen Stimmen laut zu werden, die eine solche Kursänderung in der Kriegszielpolitik verlangten, ihr Wortführer war Hans Delbrück. Auf die gesamte Öffentlichkeit bezogen, blieben dies allerdings Ausnahmeerscheinungen (47), und auch die Sinnesänderung des bayrischen Kronprinzen Rupprecht, der von seinen Annexionsplänen völlig abgerückt war und nunmehr für die uneingeschränkte Wiederherstellung Belgiens eintrat, blieb ein Einzelfall (48). So wurden diese Auflösungserscheinungen in der bis dahin festgefügt Front der Anhänger einer Verbesserung der kontinentalen Position Deutschlands auf Kosten Belgiens mehr als ausgeglichen durch die massive Gegenpropaganda der Kriegszielbewegung: den Konservativen gelang es, nahezu das gesamte in Verbänden und Vereinen organisierte Bürgertum bis hin zu den konfessionell organisierten Teilen der Arbeiterschaft zur Unterzeichnung ihrer am 3.5.1917 im Reichstag vorgebrachten Interpellation zu bewegen, in der es hiess: "Nur ein Friede mit Entschädigungen, mit Machtzuwachs und Landerwerb kann unserem Volke sein nationales Dasein, seine Stellung in der Welt und seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit dauernd sicherstellen" (49). Die aus Protest gegen die Friedensresolution des Reichstages gegründete Vaterlandspartei mit Tirpitz an der Spitze sorgte darüberhinaus für die nachhaltigste Propagierung machtpolitischer Grundsätze und erhob gerade die Forderung nach einem Fortbestand der deutschen Herrschaft über Belgien zum zentralen Punkt ihres Programms. (50)

Entscheidend aber war, dass die 3. OHL Hindenburg - Ludendorff diese Position ebenfalls mit allem Nachdruck vertrat. Nahezu bis Kriegsende hielt sie daran fest, dass Belgien als Kern des Gegen-

(46) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 154f.

(47) K. SCHWABE, *Wissenschaft und Kriegsmoral*, S. 88.

(48) K.-H. JANSSEN, *Macht und Verblendung*, S. 86.

(49) *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender*, Jg. 1917, T. 1, S. 480f.

(50) Peter Graf KIELMANNSEGG, *Deutschland und der 1. Weltkrieg*, Frankfurt 1968, S. 469; Dirk STEGMANN, *Die Erben Bismarcks*, Köln 1970, S. 500.

satzes zu England und als Aufmarschgebiet für künftige Auseinandersetzungen mit Frankreich in deutscher Hand bleiben müsse, darin unterstützt von dem Nachfolger des verstorbenen Generalgouverneurs Bissing, Freiherr von Falkenhausen. (51) Dieser unnachgiebige Kurs der OHL war um so folgenschwerer, als sie, gestützt auf ein nahezu grenzenloses Vertrauen im Volk, zu einem Machtfaktor ersten Ranges geworden war und als solcher aus dem politischen Vorfeld heraus in die Entscheidungsebene vordringen konnte, um sich dort bis Kriegsende zu behaupten. Für Bethmann Hollweg wurde diese starre Haltung der OHL gerade in der belgischen Frage zu einer Art persönlicher Katastrophe. Hatte er sich doch für die Berufung Hindenburgs besonders im Hinblick darauf eingesetzt, dass er mit diesem auch einen "enttäuschenden Frieden", der Zugeständnisse in der belgischen Frage miteinschloss, werde durchführen können, (52) — wie sich zeigte, ein folgenschwerer Irrtum.

Es ist damit an der Zeit, sich von der kursorischen Betrachtung des politischen Vorfeldes abzuwenden und einen Blick auf die Haltung des Kanzlers in der belgischen Frage zu werfen.

Am Anfang von Bethmanns Belgienpolitik stehen 2 gleichermassen berühmt oder berüchtigt gewordene Ausserungen : sein Bekenntnis in der Reichstagsrede vom 4. August 1914 zu dem "Unrecht" des deutschen Einmarsches in Belgien, das es wiedergutmachen gelte, und, am gleichen Tag, die Bezeichnung des belgischen Neutralitätsabkommens gegenüber dem englischen Botschafter Goschen als "Fetzen Papier". Ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte ist dieses letztere hastig hingeworfene Wort gewiss nicht, (53) aber zu verstehen aus der Erregung und Enttäuschung des Kanzlers über den englischen Kriegseintritt. Denn dass Bethmann Hollweg nicht jedes Rechtsbewusstsein abhanden gekommen war, zeigt die Ausserung aus der Reichstagsrede, mit der er sich sofort die scharfe Kritik der Rechten zuzog. Allerdings war es keineswegs nur sein Rechtsbewusstsein, das sie ihm diktiert hatte, sondern zumindest gleichermassen taktisches Kalkül. Denn einmal galt es, im Einklang mit dem Kaiserwort "Uns treibt nicht Eroberungslust" (54) dem

(51) Einzelheiten s. F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 98, 138ff, 148ff, 153ff.

(52) Gerhard RITTER, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. III, München 1964, S. 225f.

(53) Wie Hans HERZFELD, *Der Erste Weltkrieg*, München 1968, S. 45 meint.

(54) Thronrede Wilhelms II., 4.8.1914.

Krieg jegliches Odium deutscher Angriffsabsichten zu nehmen, vielmehr das Reich als den Angegriffenen darzustellen, der aus Notwehr und ausschliesslich zur Verteidigung zum Schwert gegriffen habe. Nicht zuletzt hingen davon auch die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD und die Aufrechterhaltung des inneren "Burgfriedens" ab. Zum anderen gab es noch einen Hoffnungsschimmer zu diesem Zeitpunkt, dass Belgien sich mit verbalen Protesten begnügen und nicht zu den Waffen greifen würde. (55) Doch erwies sich dies sehr schnell als vergebliche Hoffnung, und die SPD nahm, wie wir bereits sahen, in ihrer Mehrheit die Besetzung Belgiens gelassen hin und insistierte keineswegs auf der Gültigkeit von Bethmanns Zusage einer Wiedergutmachung des begangenen Unrechts. So blieben diese Worte eine Episode ohne Folgen, und niemals während des Krieges ist er darauf noch einmal zurückgekommen. Stattdessen wurde auch für ihn sehr rasch Belgien zu einem entscheidenden Faktor in dem Programm zur Sicherung der deutschen Machtstellung auf dem Kontinent und gegenüber England. Eingehendes Zeugnis davon legt der Punkt 2 des bekannten Septemberprogramms ab. (56)

Selten ist ein Dokument in der Geschichtsforschung so umstritten gewesen. Fritz Fischer hat es als Beweisstück für die Kontinuität imperialistischen Denkens in der deutschen Politik von der Vorkriegszeit über den Kriegsausbruch bis zum Kriegsende hin gewertet. Egmont Zechlin, unter Fischers Kontrahenten derjenige, der seine Kritik am fundiertesten vorgetragen hat, betonte demgegenüber den vorläufigen Charakter dieser in erster Linie als ein Kampfmittel gegen England verfassten Denkschrift und stellte sie in den Kontext mit den Plänen für einen mitteleuropäischen Wirtschaftsverband. Mit dem Zurücktreten des Mitteleuropagedankens in der Konzeption der Reichsleitung sei auch die Septemberdenkschrift bereits in der zweiten Oktoberhälfte 1914 durch neue Richtlinien ersetzt worden. (57) Gewiss war die am 9. September verfasste Kriegszielliste kein "Programm" in dem Sinn, als dass hier seitens der Reichsleitung eine Reihe materieller Einzelforderungen verbindlich festgeschrieben wurde, um daran den ganzen Krieg über starr festzuhalten bzw. die Bereitschaft zur Kriegsbeendigung von der Erfüllung dieser Forde-

(55) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 25f.

(56) Abdruck neuerdings auch in: *Weltherrschaft im Visier*, S. 86ff.

(57) Wolfgang SCHIEDER (Hg.), *Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele*. Köln, Berlin 1969, S. 155ff.

rungen abhängig zu machen. Besonders Bethmann Hollwegs weitere Haltung zeigt, wie variabel er in der Frage der Kriegsziele blieb; gerade im Zusammenhang mit der belgischen Frage lässt sich dies gut demonstrieren. Das unzweideutige Bekenntnis zu einem kontinentalen Imperialismus, das aus jedem Satz des Septemberprogramms spricht, ist jedoch mit dessen Interpretation als temporäres Kampfmittel gegen England kaum zu vereinbaren und noch weniger zu erklären, und bei aller taktischen Flexibilität blieb Bethmann Hollweg dieser ganz den Geist der Machtpolitik atmenden Zielsetzung stets verhaftet — auch dafür bildet seine Belgienpolitik ein Beispiel.

Zwei Konstanten gab es in Bethmanns Haltung zur zukünftigen Gestaltung Belgiens: er blieb stets ein entschiedener Gegner einer Annexion des Landes, aber ebenso entschieden verwarf er eine Rückkehr zum status quo ante. Die Annexion lehnte er einmal aus innenpolitischen Gründen ab, eine Eingliederung Belgiens in das Reich, egal in welcher Form, erschien ihm nicht zuletzt im Hinblick auf die trüben Erfahrungen mit dem "Reichsland" Elsass-Lothringen, als eine zu grosse Belastung für die künftige Innenpolitik des Reiches. Zum anderen war er überzeugt davon, dass England niemals einer Annexion Belgiens zustimmen werde, es sei denn durch eine vollständige Niederlage dazu gezwungen, — eine Entwicklung, die Bethmann jedoch aus seinen Erwartungen über den Kriegsverlauf ausschloss. Dem Annexionsverlangen setzte er so seine Devise von in Belgien zu suchenden "Sicherheiten und Garantien" entgegen. Diese Formel, die sich mit wechselndem Inhalt füllen liess, sollte es ihm ermöglichen, sich gegenüber den anbrandenden unterschiedlichen Forderungen aus der Öffentlichkeit und dem politischen Vorfeld zu behaupten. Niemals genau präzisiert stellte sie für ihn ein taktisches Mittel dar, den weitgespannten Erwartungen seitens der Kriegszielmehrheit zu entsprechen, ohne sich dabei im Einzelnen festlegen zu müssen. Ihre defensive Formulierung erlaubte es gleichzeitig, sozialdemokratische Proteste gegen eben diese Erwartungen abzufangen. Darüberhinaus aber entsprach sie in ihrer Unbestimmtheit exakt der Einstellung des Kanzlers, der von der Notwendigkeit einer Eingliederung Belgiens in den deutschen Herrschaftsbereich überzeugt war, aber schier verzweifelte über der Frage, wie dies zu realisieren sei. Denn jede Veränderung des status quo ante zugunsten des Reiches England gegenüber durchzusetzen, das ja gerade für die uneingeschränkte Wiederherstellung Belgiens kämpfte, erwies sich für ihn als eine Art Quadratur des Zirkels, und es verwundert nicht, dass ihm die Frage der

Zukunft Belgiens schon bald als ein "schauderhaftes Problem" erschien. (58)

Bethmann Hollwegs Belgienpolitik erwies sich somit als ein ständiges Bemühen, eine Lösung dieses Problems zu finden. Die Hoffnung auf eine enge wirtschaftliche Bindung Belgiens an Deutschland, die von ihm initiierte und konsequent vorangetriebene Flamenpolitik sowie die Versuche mit Belgien zu einem Sonderfrieden zu gelangen — sie alle sind Varianten ein- und derselben beharrlich verfolgten Richtlinie : es galt, der englischen Forderung nach *restitutio in integrum* mittels indirekter Herrschaftssicherung über Belgien zu begegnen, entweder durch Vereinbarungen, die sich auch bei einem Verhandlungsfrieden noch durchsetzen liessen, besser aber noch mit Hilfe von schon während des Krieges vollendeten Tatsachen, die, gleichgültig wie die Lage bei Friedensschluss war, aus sich selbst heraus im deutschen Interesse weiter wirken würden. Einen Schwerpunkt in Bethmanns Planungen bildete dabei der Gedanke an eine Zollunion mit Belgien als ein Ergebnis der Friedensverhandlungen. Er hielt daran fest trotz erheblicher Bedenken aus Kreisen der Privatwirtschaft, und es gelang ihm schliesslich auch den Staatssekretär des Innern, Delbrück, der gleichfalls zu den Gegnern einer solchen Massnahme gehört hatte, von deren politischer Notwendigkeit zu überzeugen. (59) Eine weitere Spielart der Herrschaftssicherung waren die Massnahmen zur wirtschaftlichen Durchdringung Belgiens. Von Generalgouverneur wie Reichsleitung gleichermaßen vorangetrieben, stellten sie den Versuch dar, in geradezu klassischer imperialistischer Manier sich im ökonomischen Gefüge Belgiens festzusetzen, um damit das Land quasi von innen heraus deutschem Einfluss zu unterwerfen. (60)

(58) Bethmann Hollweg an den württembergischen Ministerpräsidenten Carl Frh. von Weizsäcker am 10.11.1914. Zitiert nach K.-H. JANSSEN, *Macht und Verblendung*, S. 237 (Anm. 121).

(59) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 57, 61f.

(60) Einzelheiten ebd., S. 124ff. Mit der wirtschaftlichen Durchdringung Belgiens begegnet uns die Variante imperialistischer Politik, die in der englischen Forschung als "informal imperialism" bezeichnet worden ist, hier aber, ganz aus der Konzeption eines kontinentalen Imperialismus heraus, auch auf ein *europäisches* Land angewendet wird. — Vgl. dazu W. BAUMGART, *Imperialismus*, S. 3; Gilbert ZIEBURA, "Sozialökonomische Grundfragen des deutschen Imperialismus vor 1914", in : *Sozialgeschichte heute. Festschrift für H. Rosenberg*. Göttingen 1974, S. 499.

Noch viel stärkere Aufmerksamkeit aber widmete er der Flamenpolitik. Auf sie als das vielversprechendste Instrument für eine Sicherung des deutschen Einflusses in Belgien über das Kriegsende hinaus setzte er die grössten Hoffnungen. Eindeutig erscheint er immer wieder als der Drängende, der hinter allen entscheidenden Phasen steht. Dies gilt sowohl für den Entschluss zur "Vervlamung" der Genter Universität, wie auch für den Beginn der Verwaltungstrennung — entgegen dem Willen des Generalgouverneurs Bissing, der diesen Schritt für verfrüht hielt — und die Konstituierung des "Rates von Flandern". (61)

Die am meisten bevorzugte Lösung aber scheint für Bethmann Hollweg ein Sonderfrieden gewesen zu sein, bei dem Belgien auf Grund eines zweiseitigen Abkommens ohne Mitsprache Englands und Frankreichs, freiwillig sich deutscher Schutzherrschaft unterstellte. Jedes Anzeichen belgischer Verhandlungsbereitschaft wurde von ihm sofort aufgegriffen, und er war sogar bereit für den Fall einer Regelung des deutsch-belgischen Verhältnisses auf diesem Wege auch auf sein flamenpolitisches Programm zu verzichten. (62)

Auch für den Reichskanzler gilt somit, was sich bisher als eine Art roter Faden in der deutschen Kriegszielpolitik erwiesen hat : die Überzeugung, dass Belgien in dem Programm einer Festigung der deutschen Machtposition in Europa als Ergebnis des Krieges einen entscheidenden Faktor darstellte. Auch dann, wenn er gelegentlich von einer Wiederherstellung des Landes sprach, zog er nicht etwa eine Rückkehr zum status quo ante in Erwägung, sondern verwandte diesen Begriff nur im weitesten Sinne als Ausdruck des Verzichts auf eine Annexion. Zu einer Änderung in der Konzeption der Reichsleitung kam es erst, als nach Bethmanns Sturz unter den Kanzlerschaften Michaelis und Hertling Richard von Kühlmann die Zügel der Aussenpolitik übernahm. Unter seiner Amtsführung setzte sich erstmals innerhalb der Regierung der Gedanke durch, dass nur ein bedingungsloser Verzicht auf Belgien das Tor zu Friedensverhandlungen werde aufstossen können. Sein Scheitern auf diesem Wege war einerseits darauf zurückzuführen, dass er die offene Bekanntgabe eines solchen Verzichts scheute, stattdessen mehr den Mitteln der klassischen Geheimdiplomatie vertraute (63) und dadurch die Möglich-

(61) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 77, 85, 111ff.

(62) Ebd., S. 92.

(63) Ebd., S. 132ff.

keit aus der Hand gab, mit Hilfe einer solchen Verzichtserklärung innerhalb der Entente die friedenswilligen Kräfte zu stärken. Doch war seine Ablehnung einer solchen "Vorleistung" auch innenpolitisch motiviert. Nach dem Sturz Bethmann Hollwegs war der Einfluss der OHL auf die politische Entscheidungsebene nahezu übermächtig geworden, und wie sich gezeigt hat, hielt sie an der Überzeugung unverrückbar fest, dass Belgien in jedem Falle deutscher Oberhoheit unterstellt werden müsse. Gegen ihren Widerstand erwies sich eine öffentliche Verzichtserklärung als unmöglich. Nach Kühlmanns Abgang verstärkte sich diese Tendenz noch, sein Nachfolger Hintze sah sich in seinem Handlungsspielraum dermassen eingeengt, dass er widerwillig in die Wiederaufnahme des Gedankens einwilligen musste, Belgien als "Faustpfand" zu benutzen. (64) Der Weg zu einer Friedensanbahnung über die Freigabe Belgiens wurde dadurch erneut mit einer Hypothek belastet, die einen Erfolg von vornherein so gut wie ausschloss.

Und die Haltung des Kaisers ? Der pseudokonstitutionelle Charakter der Reichsverfassung, der autoritärer Herrschaftspraxis weiten Raum liess, stattete ihn mit einer Machtvollkommenheit aus, die es ihm durchaus ermöglicht hätte, mittels einer Verzichtserklärung auf Belgien eine Friedensanbahnung in Gang zu setzen. Der Grund, warum er es nicht tat, ist nur zum geringsten Teil in seiner Person selbst zu suchen. Gewiss liebte er es mit martialischen Reden hervorzutreten, in der naiven Hoffnung auf diese Weise über seine Unsicherheit und innere Schwäche hinwegtäuschen zu können, doch gibt es ebenfalls genügend Zeugnisse für seinen im Grunde friedfertigen Charakter. Die Verteidigung seiner halbabsolutistischen Stellung gegen das wachsende Demokratisierungsverlangen seitens der Sozialdemokratie zwang ihn jedoch, Rückhalt bei den "staatstragenden Kräften" von Adel, Grossagrariern und Besitzbürgertum zu suchen, die ihrerseits zu den schärfsten Gegner eines jeglichen Verzichtfriedens gehörten. Die Polarisierung der widerstreitenden Kräfte innerhalb der Gesellschaftsordnung des wilhelminischen Reiches war zu weit gediehen, als dass der Kaiser eine unabhängige Stellung hätte beziehen können. Seine persönliche Schwäche drückte lediglich das Siegel auf dieses strukturbedingte Faktum und liess ihn zur Gallionsfigur der traditionellen Führungsschicht herabsinken. Der Verlauf der "Kronrate", bei denen ihm eine Entscheidung abverlangt wurde, gibt deutlich wider, wie er in seiner Haltung unentschlossen schwankt, um sich

(64) Ebd., S. 196ff.

schliesslich doch auf die Seite des Stärkeren — und dies bedeutete zu meist auch die Politik der Stärke — zu schlagen. Als in der Nachfolge Bethmann Hollwegs auch die Position des Reichskanzlers als politisches Kraftzentrum ausfiel, wurde das doppelte Machtvakuum an der Spitze des Reiches endgültig von den Dogmatikern imperialistischer Machtpolitik mit der OHL an der Spitze besetzt. Belgien blieb Kriegsziel und damit blieb der Krieg — bis zu dem einer hegemonialen Auseinandersetzung gemässen Ende : der vollständigen Niederlage eines der Kontrahenten.

Unser kursorischer Überblick hat gezeigt, dass Belgien zum *centerum censeo* der deutschen Kriegszielpolitik geworden war. Die unterschiedlichen Vorstellungen über Art und Ausmass der künftigen Abhängigkeit des Landes — von der Annexion bis zur negativ vorgebrachten Forderung, Belgien dürfe nicht zur Ausgangsbasis künftiger Angriffe gegen das Reich werden — trafen sich dabei in der Übereinstimmung darin, dass die Sicherung der deutschen Machtstellung als Richtschnur für den künftigen Frieden zu dienen habe, unverzichtbarer Bestandteil einer solchen Friedensordnung aber die Änderung des politischen Status' Belgiens bildete.

Belgien wurde somit zum Eckpfeiler dessen, was wir als kontinentalen Imperialismus bezeichnet haben. Die Festigung und Ausweitung der deutschen Machtposition in Europa war das Credo der deutschen Politik, in dessen Erfüllung bis in Kreise der Sozialdemokratie hinein die eigentliche Sinngebung des Krieges gesehen wurde. Dem zugrunde lag einmal das Motiv militärischer Sicherung für den Fall kommender Kriege — womit in Führungskreisen fest gerechnet wurde —, zum anderen die Überlegung, dass für Deutschland der Weg zur Errichtung eines für lebenswichtig angesehenen Kolonialreiches über den Ausbau des europäischen Kraftzentrums führe. Im Westen richtete sich der Blick in erster Linie auf Belgien, wobei die Methoden der Herrschaftsexpansion — ökonomische Abhängigkeit in enger Verquickung mit machtpolitischer Sicherung — dem Instrumentarium des Imperialismus entlehnt wurden. In dieser Hinwendung auf den Kontinent als imperialistisches Betätigungsfeld, und nicht in dem allen Grossmächten der Zeit gleichermaßen eigenen grundlegenden Bekenntnis zu imperialistischer Politik und Weltmachtstreben, unterschied sich das Reich von seinen Nachbarstaaten. Existentielle Notwendigkeit zwang eine Grossmacht auf den Weg zur Weltmacht, wollte sie nicht andernfalls ihren Niedergang riskieren — so die Doktrin des Imperialismus, die europäisches Allgemeingut geworden war,

und die den Zeitgenossen durchaus als autonome Kategorie politischer Gedankenbildung und politischen Handelns erschien. (65) In Deutschland, das den Schritt zur Etablierung seiner Weltmachtstellung noch vor sich sah, erhielt diese Alternative besonders scharfe, machtpolitische Akzente. Denn Macht, einmal verfügbar geworden, wird nicht freiwillig wieder abgegeben, ein solcher Machtverzicht ist aus der Geschichte nicht bekannt. Alles Trachten richtet sich vielmehr nach Konsolidierung der einmal errungenen Machtstellung. Auf diesen Zusammenhang und seine Gültigkeit für das Deutsche Reich zielt Max Webers vielzitiertester Ausspruch: "Wollten wir diesen Krieg nicht riskieren, nun, dann hätten wir die Reichsgründung ja unterlassen und als ein Volk von Kleinstaaten weiter existieren können." (66)

Indem Deutschland aber den imperialistischen Machtkampf von der überseeischen Peripherie in das europäische Zentrum verlagerte, machte es sich zum Paria der imperialistischen Gesellschaft. Der Friedensschluss von Brest-Litowsk gab lediglich nur noch die Bestätigung dafür, dass das Kaiserreich auch in Europa zur rücksichtslosen Anwendung des Gewaltprinzips entschlossen war, um sich die für notwendig erachtete Machtbasis zu verschaffen. Europa als Feld imperialistischer Expansion — eine solche Zielsetzung traf jedoch den Nerv der bestehenden Staatengesellschaft und bedeutete, im Falle des Gelingens, de facto den Griff nach der *Weltherrschaft*. Zwar verstiegen sich Führungsanspruch und Grossmachtverständnis der wilhelminischen Führungsschicht nachweislich niemals zu solcher Hybris — im Gegensatz zu den gezielten Weltherrschaftsideen Hitlers —, doch Europa war — noch — das Zentrum der Welt und Herrschaft über Europa in Kombination mit einem Kolonialreich, wie es als "zweiter Stufe" der Expansion angestrebt wurde, musste im Verständnis der Zeitgenossen synonym erscheinen mit *Weltherrschaft*. Ein siegreiches Deutschland, d.h. ein Deutschland, das den Kontinent zur Basis seines maritimen Imperiums machte, bedeutete eine elementare Bedrohung, die keiner seiner Nachbarn hinnehmen konnte. Aus der klaren Erkenntnis dessen und der Schlüsselposition, die eine deutsche Herrschaft über Belgien dabei bedeutete, erklärt sich die kompromisslose Gegnerschaft Englands gegen jede deutsche Ein-

(65) Vgl. Klaus HILDEBRAND, "Imperialismus, Wettrüsten und Kriegsausbruch 1914", in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 1975, H. 2, S. 183.

(66) Max WEBER, *Gesammelte Politische Schriften*, 3. Aufl., Tübingen, S. 177.

flussnahme auf Belgien. Diese Erkenntnis stand letztlich auch hinter der lautstark vorgetragenen Entrüstung über die Verletzung der Rechte der kleinen Nationen mit der England seine Haltung nach aussen hin begründete. (67) Max Weber, um ihn ein letztes Mal zu zitieren, hat diesen Zusammenhang überspitzt, sarkastisch aber nicht unzutreffend kommentiert: "Als eine der Phrasen unserer Gegner wurde ja das Problem der kleinen Nationen aufgeworfen. Wenn sie wirklich auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips Frieden schliessen wollten, nun, das könnten wir ... jeden Tag. Aber: 'Que Messieurs les assassins commencent !' Der Friedensvertrag hätte dann also zu besagen, dass Irland, Malta, Gibraltar, Agypten, Indien, die Buren, Indochina, Marokko, Tunis, die Araber in Algier, die Polen, Ukrainer, Litauer, Letten, Esten, Finnländer, Kaukasusvölker, — dass, sage ich, diese 350 Millionen Fremdvölker, welche unsere Gegner ungefragt beherrschen... sich zu äussern hätten, ob sie einen eigenen Staat bilden wollen oder nicht" (68) Die Logik in Webers Argumentation ist nicht von der Hand zu weisen, denn die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der kleinen Nationen bildete nur die von England aufgebaute Fassade für die machtpolitische Auseinandersetzung mit dem Reich, und um eben den Nachweis dessen ging es Weber. Der weiteren Konsequenz jedoch verschloss er sich. Sie lag darin, dass die offene Entfaltung des Machtprinzips innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft durch Deutschland eine Herausforderung darstellte, auf die eine andere Antwort als der Kampf bis zur Entscheidung gar nicht möglich war. Es ist in diesem Zusammenhang irrelevant, wie es auf deutscher Seite zu diesem blinden Machtvertrauen kam, wie weit dabei eine um ihre Existenz besorgte und kritischen Rationalismus unzugängliche konservative Führungsschicht auf die Verabsolutierung der Macht als eine Art letzter Bastion ihrer Selbstbehauptung rekurrierte. Entscheidend war, dass aus der Sicht der Gegner des Reiches dieser Machtanspruch mit einer Ausschliesslichkeit vorgetragen wurde, die einen Ausgleich unmöglich machte. Deutschlands Haltung in der belgischen Frage bildete gleichsam das Parameter für diesen deutschen Machtanspruch, an dem Verständigungsbereitschaft wie Herrschaftswille sich gleichermaßen ablesen liessen. Tatsächlich war nur das letztere der Fall, der Machtgedanke als Regulativ der staatlichen Ordnung blieb bestimmend für

(67) F. WENDE, *Die belgische Frage*, S. 93.

(68) M. WEBER, *Gesammelte Politische Schriften*, S. 174.

die Kriegszielpolitiek der deutschen Führung, bis die Macht ihren Händen entwunden war.

**MACHTSPOLITIEK EN CONTINENTAAL IMPERIALISME
ONDERZOEK NAAR DE MOTIEVEN DER DUITSE
BELGIE-POLITIEK 1914-1918**

door

Dr. Frank WENDE

SAMENVATTING

In deze bijdrage wordt een poging ondernomen om een antwoord te vinden op de vraag waarom België onmiddellijk na het uitbreken van de Eerste Wereldoorlog als voornaamste objectief gold van de Duitse oorlogsplanning en dat ook bleef voor de hele duur van de oorlog, zonder dat er in de vooroorlogse periode tekenen te bespeuren waren die wezen op plannen om het land aan de Duitse heerschappij te onderwerpen.

Het blijkt dat de "Belgische kwestie" moet gezien worden in verband met het streven van het Duitse keizerrijk om een stevige plaats als gelijkgerechtigde "Wereldmacht" te verwerven in de rij der grote mogendheden, een streven dat ook door structurele crises op het vlak van de binnenlandse politiek was ontstaan.

De imperialistische doctrine die door het Rijk evenals door zijn buurstaten gehuldigd werd, hield de oprichting in van een koloniaal rijk als basis voor deze wereldmachtspositie. Hierbij stootte Duitsland echter op grenzen die door de late toetreding tot de kring der grote mogendheden waren opgerezen. Geconfronteerd met het feit dat de plaats voor het op te richten koloniale rijk reeds overwegend in handen van anderen was, werd de idee van machtspolitiek steeds meer toonaangevend in de Duitse politiek : alleen met geweld kon men uit de benadeelde situatie komen.

Uit deze fundamentele overtuiging stamde de gedachte aan de vorming van een Continentale machtsbasis als uitgangspunt voor de nagestreefde maritieme expansie. Daardoor werd Europa zelf onderworpen aan deze vorm van imperialistisch denken. Het Continentale imperialisme van het Keizerrijk dat aldus ontstond, bepaalde mede de Duitse oorlogsplanning : de zin en het succes van de oorlog werden beoordeeld naar de afstand die erdoor kon afgelegd worden in de richting van de nagestreefde continentale basis voor de toekomstige wereldmachtspositie. Daardoor kreeg België een sleutelfunctie als het eigenlijke object van het geschil tussen Duitsland en Engeland : de heerschappij over dit land besliste er over of de opvatting betreffende de oorlogdoeleinden van het Rijk in het westen al dan niet te verwezenlijken was. De overtuiging dat het voortbestaan van het Rijk alleen van de overwinning of nederlaag afhing, en die in alle lagen van de bevolking werd aangetroffen, vervaagde daarbij elk besef van onrecht. Het volkenrechtelijk bestaan van België werd op het altaar van de machtspolitiek geofferd.

**POLITIQUE DU POUVOIR ET IMPERIALISME CONTINENTAL
A LA RECHERCHE DES MOTIFS DE LA POLITIQUE
ALLEMANDE ENVERS LA BELGIQUE 1914-1918**

par

Dr. Frank WENDE

RESUME

Par cette contribution l'auteur essaie de trouver une réponse à la question pourquoi la Belgique a été dès le déclenchement de la première guerre mondiale et pendant toute la durée des hostilités, considérée comme l'objectif principal de la stratégie allemande, sans qu'on puisse discerner au courant de la période d'avant-guerre des signes annonciateurs d'un plan de soumettre le pays sous la domination allemande.

Il appert que "la question belge" doit être considérée en rapport avec l'ambition de l'empire allemand de conquérir une position ferme comme puissance mondiale et de traiter à égalité avec les autres grandes nations. Cette ambition était aussi le résultat des crises structurelles qui s'étaient produites sur le plan de la politique intérieure.

La doctrine impérialiste, prônée par le Reich aussi bien que par ses états voisins, impliquait la fondation d'un empire colonial comme base de la position de puissance mondiale.

Dans cette voie l'Allemagne se voyait limitée dans son ambition par le fait qu'elle n'avait rejoint le cercle des grandes puissances qu'assez tardivement. Confrontée avec le fait que les territoires qui pouvaient être colonisés étaient déjà pour la plupart passés dans d'autres mains, le thème de la politique du pouvoir devenait de plus en plus dominant dans la politique allemande : ce n'était que par la force qu'on sortirait de la position désavantageuse.

C'est de cette conviction fondamentale qu'est née l'idée de la formation d'une base continentale de puissance qui servirait comme point de départ pour l'extension maritime poursuivie.

Ainsi l'Europe elle-même devenait l'objet de la pensée impérialiste. Cet impérialisme continental influençait les plans de guerre allemands : la guerre n'avait de sens et de succès que dans la mesure qu'elle rapprochait de la constitution de la base continentale, qui deviendrait la pierre angulaire de la position future comme puissance mondiale.

C'est ainsi que la Belgique obtenait une position-clé en tant qu'objet réel du conflit entre l'Allemagne et l'Angleterre : la domination de ce pays favoriserait les chances de succès des objectifs de guerre de l'empire vers l'ouest.

La conviction que l'avenir de l'empire dépendait de la victoire étant répandue parmi toutes les couches de la population, effaçait tout sens de justice. L'existence de la Belgique, garantie par le droit des gens, était sacrifiée sur l'autel de la politique du pouvoir.

SUMMARY

POWER-POLICY AND CONTINENTAL IMPERIALISM INVESTIGATION INTO THE MOTIVES OF THE GERMAN BELGIUM-POLICY 1914-1918

by

Dr. Frank WENDE

SUMMARY

This article aims at answering the question why Belgium became the first objective of the German war-planning immediately after the outbreak of World War I, although in the prewar period no signs were traceable indicating plans to subject the country to the German domination.

It appears that the "Belgian question" must be viewed in connection with the striving of the German empire to acquire a strong position as an equal "World-power" among the great powers, which striving had also been brought about by structural crises in the field of internal policy.

The imperialistic doctrine, believed in by both the Empire and the neighbouring states, implied the establishment of a colonial empire as the basis for this position of a world-power. Here, however, Germany came upon boundaries which had arisen through her late access to the circle of the great powers. Confronted with the fact that the territory for the colonial empire to be created, was already largely in the hands of others, the idea of power-policy grew increasingly dominant in German politics : the prejudice could be removed only by force.

This fundamental conviction gave rise to the idea of the formation of a continental power-basis as the starting-point for the maritime expansion aspired to. Thus Europe itself was subject to imperialistic thinking. The continental imperialism which was taking roots in Germany, also determined her war-planning : the sense and the success of the war were measured by the extent to which it proved to realize the continental basis for the future position of a world-power. Consequently, Belgium was given a key-function as the real object of the issue between Germany and England : the control of this country decided whether the German conception of the war-objectives could be realized in the West or not. The conviction — which was found in all strata of the population — that the survival of the Empire depended only on victory or defeat blurred all sense of injustice. The existence of Belgium which was based on the law of nations, was sacrificed on the altar of power-policy.